Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Montags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 5,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher: { Schriftleitung: Amt Lützow 2394 / Geschäftsstelle: Amt Lützow 2348

Postscheckkonto: Berlin 25432.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Nahreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 37. [56. Jahrgang.] Mittwoch den 7. Februar 1917. Zweite Ausgabe. [56. Jahrgang.] Nr. 37.

Berlin, den 6. Februar.

Der Krieg.

Die Haltung Amerikas.

Keine Gefahr eines sofortigen Krieges.

Amsterdam, 6. Februar. Der Washingtoner Korrespondent der „Times" meldet: Dadurch, daß der Dampfer „Houfatonic", ehe er versenkt wurde, gewarnt und die Besatzung human behandelt worden ist, ist die sofortige Gefahr eines Krieges offenbar abgewendet, da der Vorfall in Washington nicht als eine Tat ausgelegt wird, die im Widerspruch zu Deutschlands Versprechungen steht. Trotzdem bleibt die Lage sehr gespannt. Außerdem wird der uneingeschränkte U-Bootkrieg erst beginnen. Inzwischen weisen verschiedene Anzeichen darauf hin, daß der Präsident in seinem Auftreten gegen Deutschland äußerst umsichtig zu Werke gehen wird. Man wartet das Ergebnis der Instruktionen an die amerikanischen Gesandten in den neutralen Ländern ab, in denen den Vertretern der Vereinigten Staaten der Auftrag erteilt wurde, den Regierungen mitzuteilen, daß es nach der Ansicht des Präsidenten im Interesse der Zivilisation gelegen wäre, wenn sie sich seinem Vorgehen anschlössen. In Washington erwartet man von diesem Schritt offenbar nicht sehr viel. Nach einer Bekanntmachung Carranzas wird Mexiko im Falle eines Konfliktes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland neutral bleiben.

Verstaatlichung der amerikanischen Rüstungsindustrie.

London, 5. Februar. Reuter meldet aus Washington: Wilson hatte mit dem Kriegs- und dem Marinestaatssekretär Besprechungen bezüglich der Mittel, die Gesetzgebung dahin auszugestalten, daß die Regierung ermächtigt wird, nötigenfalls von den Schiffswerften, den Munitionswerkstätten und anderen Ausrüstungsanstalten Besitz zu ergreifen.

Keine amerikanischen Schiffe unter fremder Souveränität.

Washington, 6. Februar. (Reuter.) Präsident Wilson hat eine Proklamation erlassen, in der auf Grund des Schiffahrtsgesetzes den amerikanischen Reedern verboten wird, ihre Schiffe unter fremde Souveränität zu stellen.

Die Stimmung im amerikanischen Kabinett.

London, 6. Februar. Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, man habe im Weißen Hause in den verschiedenen Departements und im Kongreß große Erleichterung gefühlt, als sich herausstellte, daß die Versenkung des Dampfers „Houfatonic" keine Tat war, die notwendig den Krieg bedeuten müsse. Im Kabinett herrsche wenig Optimismus darüber, daß Wilsons Aufforderung an die Neutralen, dem Beispiel Amerikas zu folgen, Erfolg haben werde. Man glaube allgemein, daß die Regierung Wilsons, wenn es zum Krieg kommen sollte, eine hauptsächlich passive Haltung einnehmen und sich darauf beschränken werde, die Produktion der Munitionsfabriken für die Truppen und Flotten der Entente auszudehnen und Großbritannien, Frankreich, Rußland und Italien die nötigen Gelder zu verschaffen, um den Krieg gegen Deutschland fortsetzen zu können.

Beschlagnahme deutscher Dampfer.

Washington, 6. Februar. (Reutermeldung.) Nach einem Telegramm aus Manila wurden in Kuba drei deutsche Dampfer, darunter die „Prinzessin Alice", und in Zamboanga ebenfalls drei deutsche Dampfer beschlagnahmt. Die Beschlagnahme wurde von Marineoffizieren auf Ersuchen der Zollbehörden vorgenommen.

London, 6. Februar. Reuter meldet aus New York, daß die Ueberführung der Besatzungen der im New Yorker Hafen liegenden deutschen und österreichischen Schiffe nach der Einwanderungsstation auf Ellis-Island begonnen hat. Die Besatzung der „Kronprinzessin Cecilie" wurde auf eigenes Ansuchen an Bord anderer deutscher Schiffe gebracht.

Wilson und die Neutralen.

Bern, 5. Februar. „Journal" bemerkt: Die Aufforderung des Präsidenten Wilson an die Neutralen, sich ihm anzuschließen, hat eine außerordentlich interessante Lage geschaffen. Es ist möglich, daß nicht alle Interessierten auf diese Aufforderung antworten, denn für die Mehrzahl unter ihnen, für Holland, Skandinavien und die Schweiz ist die Gefahr besonders groß.

Die Schweiz und Amerika.

Bern, 6. Februar. Der „Bund" schreibt über die Schweiz und Amerika u. a.:

„Die rechtliche und tatsächliche Lage der Vereinigten Staaten einerseits und der Schweiz andererseits sind so augenfällig verschieden, daß Wilsons Entschluß an eine solche zustimmende Auffassung seiner nach Bern gesandten Einladung überhaupt nicht gedacht haben kann."

Das Blatt führt dann folgendes bezeichnendes Argument an:

„Als die Entente in ausgedehnter Auslegung bisher anerkannter Grundsätze des Seekrieges das Schweizer Wirtschaftsleben einschränkte, hat das Schweizer Volk den Willen zum Frieden scharf betont. Haben wir damals, bei den ersten Einschränkungen, den Verkehr mit den Alliierten nicht abgebrochen, so können wir es logischerweise auch heute gegenüber den Zentralmächten nicht tun."

Neutrale Kritik an Wilsons Politik.

Stockholm, 6. Februar. Zu Wilsons Aufforderung an die Neutralen, sich seinem Auftreten gegen die Mittelmächte anzuschließen, schreibt „Stockholms Dagblad":

„Bestätigt sich diese Nachricht, so kann die Welt darin den deutlichen Beweis für den paradoxen Charakter der Politik Wilsons erblicken, in der sich die idealistische Friedensbewegung mit einer sehr praktisch realistischen Werbearbeit für die Entente paart."

Das Blatt behandelt Amerikas Haltung im allgemeinen und betont, daß Deutschlands Schuld scheinbar weniger im Vergleiche mit Englands Entschluß, „Millionen von Frauen und Kindern langsam verhungern zu lassen, um auf diese grausame Weise für lange Zeit eine ganze große Kulturnation zu lähmen." Weiter habe Wilson sich in die englischen Völkerrechtsbrüche gefunden und geduldet, daß Schiffe der Vereinigten Staaten gezwungen wurden, sich in den Häfen einer kriegführenden Macht untersuchen zu lassen, daß amerikanische Waren beschlagnahmt und Postsendungen zerfiert wurden. Vergleiche man mit dieser Nachgiebigkeit Wilsons Eifer, die Munitionstransporte für die Westmächte sicherzustellen, so könne man sich des Gefühls nicht erwehren, daß Wilsons Handlungsweise mehr durch seine Sorge um den einträglichsten Handel, als durch seine Bestrebungen, das Völkerrecht zu wahren, bestimmt werde. Die Geschichte werde einst die Regierung der Vereinigten Staaten nicht davon freisprechen können, durch ihr Verhalten während des ganzen Krieges den kleinen neutralen Staaten die mächtige Stütze vorenthalten zu haben, die sie ihrem Bestreben nach Erhaltung ihres Lebens hätte gewähren können.

Erklärung in der holländischen Zweiten Kammer.

Haag, 6. Februar. (Korrespondenz-Bureau.) Zu Beginn der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer hat der Vorsitzende des Ministerrates, Minister des Aeußern Cort van der Linden, folgende Erklärung abgegeben:

„Ernste Ereignisse beschäftigen die Regierung. Es ist im Augenblick noch nicht möglich, darüber Mitteilung zu machen. Die Regierung wird nicht versäumen, der Kammer, sobald es im Interesse des Landes gelegen ist, alle Informationen zu geben. Es besteht keine Ursache zu besonderer Beunruhigung."

Ruhige Aufnahme in Bulgarien.

Sofia, 5. Februar. (Bulgarische Telegr.-Ag.) Die Nachricht vom Abbruch der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland wird von der bulgarischen Oeffentlichkeit und Presse mit Ruhe und Vertrauen aufgenommen. Man betont, daß das Eingreifen Amerikas keinen praktischen Einfluß auf die Kriegsführung ausüben werde.

Eine italienische Pressestimme.

Bern, 6. Februar. „Avanti" schreibt, niemand wisse, ob der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Kriege führe, wenn es auch sicher sei, daß durch die Kongreßrede Wilsons wenigstens die Möglichkeit des Krieges zwischen Amerika und Deutschland angedeutet werde, falls letzteres die Sache auf die Spitze treiben würde. Die italienische Presse halte natürlich die Kriegserklärung seitens der Vereinigten Staaten für unvermeidlich. Sie habe schon jetzt die sensationellsten Nachrichten in die Welt gesetzt, aber Wahrheit sei, daß außer der Tatsache des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen in Wilsons Rede kein Anzeichen vorhanden sei, daß er über den Abbruch hinausgehen wolle. Bei einem Lande wie den Vereinigten Staaten sei es schwer, Voraussagen zu machen. Vielleicht sei die veränderte Haltung Wilsons auf materielle Motive, nämlich die stärkere Bedrohung des transatlantischen Handels durch Tauchboote zurückzuführen; vielleicht wolle sich Wilson wirklich am Kriege, der den Amerikanern verhältnismäßig geringe Opfer auferlegen würde, beteiligen, nur um dadurch das Recht zu haben, als Gleichberechtigter bei der Gestaltung der zukünftigen Karte Europas mitsprechen zu können. „Avanti" glaubt nicht, daß die pazifistische Strömung in Amerika so leicht durchbrochen werden könne. Sollte es aber doch zur Kriegserklärung kommen, so würde eine radikale Veränderung vom militärischen Standpunkte aus nicht entstehen. Der Krieg werde jetzt auf neuen Kampfplätzen ausgefochten, nämlich auf denen der Versorgung und des Verbrauchs. Dieser Kampf sei zwar weniger blutig, aber nicht weniger tragisch, weil er die Völker in ihrer Gesamtheit treffe. Auf diesem Punkte angekommen, müsse die große Heimsuchung ihr Ende finden.

Seekrieg.

Erfolge eines deutschen U-Bootes.

Berlin, 6. Februar. Eines unserer rückkehrenden Unterseeboote hat außer zwei bereits durch die Presse als versenkt bekannt gewordenen englischen Dampfern von zusammen 7500 t noch weiterhin versenkt: Den italienischen Dampfer „Bisagno" (2252 t), den portugiesischen Segler „Minho" (500 t), einen armierten Frachtdampfer von 3500 t im Atlantischen Ozean, ferner im Nachtangriff in den englischen Gewässern zwei unbekannte Frachtdampfer von etwa 2000 bzw. 4000 t. Außerdem wurde ein Geschütz erbeutet und drei Gefangene gemacht.

London, 6. Februar. Lloyds meldet, daß der englische Dampfer „Hurstwood" (1229 t) versenkt wurde. Drei Mann der Besatzung wurden getötet, zwei verwundet, die Ueberlebenden wurden gelandet.

Englischen Torpedojägern entronnen.

Lübeck, 6. Februar. Der kürzlich in Lübeck eingelaufene deutsche Dampfer „Aeolus" traf auf der Reise von Narvik nach Lübeck in der Nähe von Stavanger am 16. Januar gegenüber mehrere Torpedobootszerstörer, von denen zwei die Bezeichnung „G. 76" und „G. 29" trugen. Die Zerstörer machten den Versuch, den Dampfer aufzubringen, was ihnen jedoch durch die Manöver des Dampfers, der den Hafen Grundsund als Nothafen anlief, unmöglich gemacht wurde. Hier kam der Kommandant des norwegischen Torpedobootes „Garm" an Bord des „Aeolus" und nahm ein Protokoll über den Vorgang auf. Er erzählte dem Kapitän, daß die Zerstörer englischer Nationalität seien und schon seit einigen Tagen zusammen mit englischen Unterseebooten an der Küste gesichtet worden seien.

Versenkt.

Haag, 5. Februar. Das Korrespondenz-Bureau erfährt vom Ministerium des Aeußern: „Es liegt jetzt der Bericht vor, daß der Dampfer „Gamma" zuerst beschossen und dann durch Bomben zum Sinken gebracht wurde.

Rotterdam, 6. Februar. Der Rotterdamsche Lloyd hat vom Dampfer „Samarinda" auf drahtlosem Wege die Nachricht erhalten, daß er 179 Mann von verschiedenen versenkten Schiffen an Bord hat. Der Dampfer läuft Vigo an, um die Schiffbrüchigen an Land zu setzen.

Christiania, 6. Februar. Nach einem Telegramm an das Ministerium des Aeußern wurde der Norwegische Dampfer „Olin Barry", nach Lissabon um [illegible] am 2. Februar 4 Uhr 20 Meilen nordwestlich Ouessant ohne Warnung versenkt. Ein Maschinist und ein Heizer, beide aus Bergen, wurden getötet.

London, 6. Februar. Lloyds meldet, daß der englische Segler „Belford" (1905 To.) und der englische Dampfer „Marley Pickering" (4196 To.) versenkt wurden. Die norwegische Bark „Tamara" (453 To.) soll versenkt worden sein.

London, 6. Februar. Reuter meldet, daß der englische Dampfer „Floridian" (6930 To.) versenkt wurde; die Besatzung von 16 Mann wurde gerettet.

Schadenersatzangebot der deutschen Regierung.

Christiania, 5. Februar. Die norwegischen Dampfer „Athene" und „Ull", von Narvik nach Hull mit Magnetestein unterwegs, wurden im Oktober 1916 versenkt. Das Ministerium des Aeußern legte deshalb Verwahrung in Berlin ein. Die deutsche Regierung sprach nunmehr ihr Bedauern über den Vorfall aus und bot Schadenersatz an.

Fliegertätigkeit.

Berlin, 6. Februar. Deutsche Bombengeschwader belegten in der Nacht vom 4. zum 5. Februar die Bahnhöfe von Albert, Amiens und Avelun (nördlich Albert) mit 1550 Kilogr., die Truppenlager und Bahnverladestelle bei Bray mit 250 Kilogr. Bomben. Zahlreiche Treffer im Ziel wurden beobachtet. In derselben Nacht griffen feindliche Flieger ohne Erfolg Guiscard, Bussy und Noyon an. Den Flugplatz Douai bewarf ein feindliches Geschwader mit 30 Bomben, ohne jedoch irgendwelchen Schaden zu verursachen. — Nach dem französischen Heeresbericht vom 5. Februar nachmittags sollen französische Flieger in der Nacht vom 2. zum 3. und 4. zum 5. Februar den Flugplatz Colmar mit Bomben beworfen haben. Davon ist in der Colmarer Gegend nichts bekannt. Man hat dort die französischen Flieger weder gesehen noch gehört, noch irgendwelche Bombeneinschläge gefunden. — Im Luftkampf schossen wir am 5. bei Craonne einen Nieuport ab; zwei weitere feindliche Flugzeuge werden nördlich Arras, ein viertes nördlich der Somme als abgeschossen gemeldet. Das fünfte, ein Farman-Doppeldecker, wurde auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz bei Mogila nördlich Monastir durch eines unserer Jagdflugzeuge brennend zum Absturz gebracht.

England und die niederländische Neutralität.

Haag, 5. Februar. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der Zeitung „Het Vaterland" sagte der neue englische Gesandte Sir Walter Townsley, er bedauere, daß einige Blätter an seine Ernennung falsche Behauptungen geknüpft hätten. Die britische Regierung habe nicht die Absicht, ihre Haltung gegenüber der niederländischen zu ändern. England wünsche im Gegenteil, daß die freundschaftlichen Beziehungen, die es mit den Niederlanden unterhalten habe, von Dauer sein möchten. Der Gesandte versicherte, daß weder England noch ein anderes Land der Verbündeten die geringste Absicht habe, die Neutralität der Niederlande zu verletzen.

Graf Tisza über den uneingeschränkten U-Bootkrieg.

Budapest, 5. Februar. Im Abgeordnetenhause führte Ministerpräsident Graf Tisza zur Verschärfung des Unterseebootkrieges aus:

„Indem ich in Verbindung mit dem in der heutigen geschlossenen Sitzung stattgehabten Ideenaustausche hier pflichtgemäß das Wort ergreife, um mich über die infolge der kräftigeren Anwendung des Unterseekampfes eingetretene Lage zu äußern, muß ich mich naturgemäß in erster Reihe mit der Natur des Unterseebootkrieges befassen. Wir haben es mit einer neuen Waffe zu tun, die eigentlich in diesem Kriege zum ersten Male verwendet wird. Die auf diese Weise bezüglichen detaillierten Rechtsnormen haben sich daher aus dem praktischen Leben noch nicht herauskristallisieren können. Wir müssen daher die auf den Seekrieg bezüglichen allgemeinen Völkerrechtsregeln vorerst auch auf den Unterseekrieg anwenden. Selbstverständlich in sinngemäßer Weise, das heißt mit Berücksichtigung der spezifischen Natur dieser Waffe. Aktuell wurde die Sache eigentlich in Fällen der Blockade. Dort wirft sich die Frage auf, auf welche Weise die Blockade mit der Anwendung der Unterseeboote durchgeführt werden kann. Und da erscheint es zweifellos, daß es der inneren Natur der Tauchbootwaffe zuwiderliefe, wollte man auf sie die gleichen Rechtsnormen anwenden, die für andere Seefahrzeuge, die eine Blockade durchführen, bestehen. Das würde gegen die Natur der in Rede stehenden Waffe selbst verstoßen. Aber es wird dies auch durch das Vorgehen unserer Feinde unmöglich gemacht, die die Handelsdampfer bestückt und sie geradezu ermuntert und aufgefordert haben, die Unterseeboote anzugreifen und möglichst zu rammen oder durch Artilleriefeuer zu vernichten. (Beifall.) Dieses Vorgehen läuft ja den Rechtsnormen schnurstracks zuwider, die hinsichtlich des Seekrieges bestehen.

Allein überholt erscheint meines Erachtens diese ganze Frage auch schon durch den Umstand, daß unsere Feinde zum Zwecke der Durchführung der Blockade auf weiten Gebieten des Meeres in bisher nie beobachteten großen Dimensionen sich einer Waffe bedienen, die für die Neutralen mindestens ebenso Schaden bringend und gefährlich ist, wie der Unterseebootkrieg; es sind dies die sogenannten Minenfelder. (So ist's, rechts.) Unsere Feinde erklären ja weite Meeresflächen als Minenfelder, und sie sperren wichtige Handelsstraßen durch Minen ab. Sie legen Minenfelder auf mit der Folge für die neutrale Schiffahrt, daß jedes neutrale Schiff oder jeder neutrale Passagier das Risiko auf sich nimmt, wenn sie in diesem Gebiete fahren, dort auf eine Mine aufzufahren und in die Luft gesprengt zu werden. Wenn dies erlaubt ist, und die Neutralen haben dagegen ja nicht Stellung genommen, dann frage ich, warum nicht gewisse Teile des Meeres auch durch Unterseeboote sollten blockiert werden dürfen, wobei die neutrale Schiffahrt lediglich dem nämlichen Risiko ausgesetzt wäre, daß sie nämlich, wenn sie sich dennoch in die von vornherein genau bezeichneten Gebiete begibt, dort möglicherweise dem Torpedo eines Unterseebootes zum Opfer fallen kann. Dies war unser Standpunkt in dieser Frage vom Anbeginn.

Bestärkt in diesem Standpunkte mußten wir werden durch den Umstand, daß unsere Feinde bereits scharferen Unterseebootkrieg, aber wirklich und völlig schonungslosen Unterseebootkrieg, gegen uns angewendet haben. Unsere sämtlichen Handels- und Passagierdampfer, die feindlichen Unterseebooten zum Opfer fielen, sind ja ohne vorhergehende Warnung torpediert worden. (So ist's, rechts.) Auch haben wir in der Tat nicht wahrgenommen, daß die Zulässigkeit dieser Waffe von anderen neutralen Staaten beanstandet worden wäre, als einzig von den Vereinigten Staaten von Amerika. Gegen unseren Standpunkt haben lediglich die Vereinigten Staaten Einspruch erhoben. Wir alle erinnern uns des Notenwechsels, welcher in einem früheren Stadium dieses Krieges eben in dieser Sache sowohl zwischen der Regierung unserer Monarchie und den Vereinigten Staaten, wie zwischen der deutschen Reichsregierung und den Vereinigten Staaten stattfand. Damals waren wir, um weiteren Meinungsunterschieden und Reibungen vorzubeugen, im vollen Einvernehmen mit unseren deutschen Verbündeten aus zweckmäßigkeitsgründen bereit, einstweilen uns des Gebrauches einer Waffe zu entsalten, zu deren Berechtigung wir und stets bekannten, von deren Berechtigung wir überzeugt waren und auch heute überzeugt sind. Heute verhält sich die Sache anders. Heute wird uns eine solche Enthaltung durch das Auftreten unserer Feinde unmöglich gemacht, die als Antwort auf die von unserer und gerade auch von der Seite des Präsidenten der Vereinigten Staaten erfolgte Friedensanregung unsere Vernichtung in brutalster Weise proklamiert haben. Einer solchen Erklärung gegenüber kann es keine andere Antwort geben als die Verteidigung unseres angegriffenen Lebens mit Inanspruchnahme aller uns zur Verfügung stehenden berechtigten Mittel.

Entboten werden wir jeder weiteren Enthaltung ferner auch durch das Vorgehen Englands, das wenige Tage vor Beginn unserer jüngsten maritimen Aktion Seegebiete von riesenhaftem Umfang als Minenfelder erklärt hat, auf denen diese Handlung direkt aggressiven Charakter besitzt und die Schiffahrt der neutralen Staaten Nordeuropas direkt behindert und gefährdet. (Allgemeiner Beifall.) Und schließlich nehmen wir jetzt Zuflucht zu dieser Waffe im Bewußtsein, daß alle Vorbedingungen des vollen Erfolges vorhanden sind (Beifall rechts), daß mithin der Zeitpunkt für die erfolgreiche Anwendung dieses Mittels gekommen ist. Das waren die Gesichtspunkte, welche die Regierung des Deutschen Reiches und der Monarchie bewogen haben, einen kräftigeren U-Bootkrieg zu beginnen. Wir taten dies mit möglichst weitgehender Rücksicht auf die neutrale Schiffahrt, für welche wir offene Wege gesichert haben. Bisher haben wir auch keinerlei Ursache zu der Annahme, als ob dieser unser Entschluß bei dem größten Teile der neutralen Staaten nicht auf entsprechendes Verständnis stoßen würde. Einzig die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat diesen Schritt mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu dem Deutschen Reiche beantwortet.

Wir können uns trotzdem der Erwartung nicht verschließen, daß auch die Regierung der Vereinigten Staaten alle jene Gesichtspunkte, die uns geleitet haben, beherzigen wird, ehe sie sich zu einer Handlung entschließt, die nach unserer Ueberzeugung der großen und heiligen Sache der Menschheit und des Friedens und ebenso den eigenen Interessen der Vereinigten Staaten abträglich wäre. (So ist's.) Wir haben ja deshalb zu dieser Waffe gegriffen, weil wir sie als eines der wirksamsten Mittel zur Erreichung eines baldigen Friedens betrachten. Wir haben zu ihr gegriffen, um jenen Frieden näher zu bringen, der auf der nämlichen grundsätzlichen Basis steht, wie der Präsident der Vereinigten Staaten verkündet hat. Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkte des vom Herrn Präsidenten Wilson vorgeschlagenen Friedens, der niemand in seinen Daseinsbedingungen angreift, niemand bemüßigen will, und geeignet ist, einem dauerhaften